



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Rede
der Bundesministerin für Bildung und Forschung,
Prof. Dr. Annette Schavan, MdB,

anlässlich
des DGB-Bildungskongresses
„Mit guter Bildung aus der Krise“

am 12. November 2009
in Berlin

Es gilt das gesprochene Wort!

Anrede

Das Gespräch mit den Gewerkschaften wie mit vielen anderen Akteuren über konzeptionelle und generelle Entwicklungen im Bildungssystem und am Wissenschaftsstandort Deutschland halte ich für außerordentlich wichtig. Streiten und Ringen gehören zu lebendiger politischer Kultur. Also lassen Sie uns in den nächsten vier Jahren konstruktiv ringen und auch streiten.

Im Unterschied zur Bildungsdiskussion vor zehn Jahren ist der Konsens über den Stellenwert unserer Themen und über das, was schwerpunktmäßig zu tun ist, deutlich größer geworden. Darin sehe ich eine große Chance. Wenn ich die Situation in Städten, Gemeinden und in den sechzehn Ländern dazu nehme, sage ich: Jetzt tragen alle Parteien irgendwo in Deutschland bildungspolitische Verantwortung. Ich werde mit allen gerne zusammenarbeiten. Sie sind alle herzlich willkommen, an dieser Bildungsrepublik mit zu wirken. Ich messe sie aber nicht an ihren Sprüchen, sondern an dem, was tatsächlich vor Ort gelingt. Wir haben in den vergangenen Jahren durch unsere Bildungsforscher und durch internationale Studien viel Material auf den Tisch bekommen, aus dem sich die Leitlinien und die Handlungsschritte der nächsten Jahre wunderbar ableiten lassen.

Ich möchte im Folgenden auf fünf Punkte eingehen, die zentral für diese Legislaturperiode sind.

I.

Erster Punkt: die Frage der Elitehochschule und der Eliten. Ich gehöre nicht zu jenen, die glauben, wer an einer Elitehochschule studiere, gehöre automatisch zu den Eliten. Ich habe gestern das Ernst-Ludwig-Ehrlich-Studienwerk für jüdische Studierende und junge Wissenschaftler eröffnet. Es ist das zwölfte Begabtenförderungswerk. Begabtenförderungswerke sind für mich die Institutionen und Räume, in denen Eliten – und zwar im Sinne von Verantwortungseliten – herangebildet werden. Das ist mein Konzept von Elitenförderung: Pluralität der Träger und Förderung von Verantwortungseliten.

Begabtenförderung und Elitenförderung zeichnen sich nicht dadurch aus, möglichst viele junge Menschen zu fördern, die Karriere machen, sondern möglichst viele zu fördern, die ein Gewissen für das Ganze haben, die Zivilcourage haben, die intellektuell unruhig bleiben und nicht so schnell zufrieden zu stellen sind. Diesen Weg der Begabtenförderung setzen wir fort. Deshalb wird bei der Begabtenförderung zum Beispiel das Büchergeld erhöht. Damit zielen wir nicht ab auf bestimmte Schichten, sondern diese Programme sind gedacht für jeden, der neben herausragenden Leistungen im Studium bereit ist, sich in die Pflicht nehmen zu lassen.

Zweiter Punkt: Öffentliches und Privates. Es gibt in Europa kein Land, in dem der Anteil des Öffentlichen am Bildungs- und Wissenschaftssystem so hoch ist wie in Deutschland. Wichtig sind aber auch die Schulen in freier Trägerschaft. Dazu gehören zum Beispiel die kirchlichen Schulen. Sie haben in Deutschland integrierend gewirkt und von ihnen sind besondere pädagogische Impulse ausgegangen. Früher als andere hatten sie zum Beispiel Ganztagsangebote.

Es gibt Wellen in den privaten Schulgründungen: Auf das kirchliche Bildungswesen folgten besondere pädagogische Konzepte wie Waldorf, Montessori und andere. Jetzt erleben wir gerade die Welle der Gründung internationaler Schulen. Darauf reagiert das öffentliche Bildungssystem am allerbesten, indem es erkennt, welche Entwicklungen, die dort auf den Weg gebracht werden, für das öffentliche Bildungssystem interessant sind. Weiterentwicklung des Bildungssystems in Deutschland heißt Weiterentwicklung der Internationalisierung dieses Bildungssystems. Der Stellenwert des Sprachenlernens und der Bilingualität in den internationalen Schulen kann auch Impuls für das öffentliche Bildungssystem sein.

Dritter Punkt: die Berechnungen. Ich habe nicht vor, in den nächsten Jahren Geld abzugeben, sondern sogar für die 16 Länder zu kämpfen, damit sie das, was an finanziellen Investitionen notwendig ist, um die Bildungsrepublik Deutschland zu ermöglichen, auch bekommen. Die jüngste Diskussion um die Berechnungen der Finanzminister ist einfach zu erklären. Finanzbeamte haben den Auftrag bekommen, zu sehen, ob wir nicht das 10 Prozent-Ziel längst erreicht haben. Was macht ein findiger Finanzbeamter? Er findet Wege – sonst wäre er ein schlechter Finanzbeamter. Das zeigt, dass der Bezug auf das BIP bei der Zielsetzung in manchen Jahren sehr gut ist, in anderen Jahren auch ein Problem werden kann.

Jetzt bei den Bildungsinvestitionen über der angepeilten Marke zu sein, ist der beste Weg, um auch wieder mit dem BIP besser voran zu kommen.

Zur Ehrlichkeit in der Politik gehört, die Formel zur Berechnung der Bildungsinvestitionen nicht zu verändern. Notfalls sagt mir einer: Dann erreiche ich das Ziel zum vereinbarten Zeitpunkt nicht. Das ist ehrlicher und klarer als die Formel zu ändern. Und so gehen wir auch in die Besprechung mit den Ministerpräsidenten im Dezember.

Vierter Punkt. Dass eine Koalition beschließt, 12 Milliarden Euro zusätzlich in Bildung und Forschung zu investieren, hat es noch nie gegeben in 60 Jahren Bundesrepublik. Wir haben diesen Schritt in der schwersten Wirtschaftskrise vereinbart.

Von den Gesamtkosten im Bildungsbereich tragen fast 50 Prozent die Länder, rund ein Viertel die Wirtschaft, etwa 18 Prozent die Kommunen, und rund 9 Prozent der Bund. Diese vier Akteure müssen zu einer Weiterentwicklung ihrer Investitionen gebracht werden. Deshalb ist es notwendig, Maßnahmen zu finden, die auch an anderer Stelle zu Erhöhungen der Investitionen führen. Ich verweise auf das Schreiben von Finanzminister Schäuble zur Aufstellung des Haushalts 2010. Darin findet sich erstens die Summe des Zuwachses in 2010 und zweitens die Bestätigung, dass bis 2013 zusätzliche 12 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Das ist ein klares Signal an die junge Generation und an diejenigen, die in unseren Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen wirken. Das ist ein Beschluss, den der Finanzminister als Teil der Koalitionsrunde mitgetragen hat und der jetzt in seiner Politik zum Ausdruck kommt.

Dann sage ich noch etwas zu den Ministerpräsidenten der unionsgeführten Bundesländer. Sie saßen mit am Tisch, als die Koalitionsverhandlungen geführt wurden. Sie waren alle dabei; sie haben alle mit abgestimmt; sie haben alle mit beraten. Deshalb ist das ein Koalitionsvertrag, von dem nun auch erwartet werden kann, dass er auf allen politischen Ebenen so umgesetzt wird.

Deutschland befindet sich in der schwierigsten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten. Die öffentlichen Haushalte werden davon in den nächsten Jahren mehr als in diesem Jahr massiv betroffen sein. Das ist keine leichte Aufgabe, vor der wir jetzt stehen. Aber es ist eine, zu der wir fest entschlossen sind. Ich gehe sehr zuversichtlich in diese Legislaturperiode, weil ich nach langjährigen Erfahrungen in der Bildungspolitik sagen kann: Der Konsens über das, was wir tun müssen, war nie so groß wie heute. Die finanziellen Möglichkeiten trotz Krise waren noch nie so im Konsens entschieden worden wie heute.

Das gilt übrigens nicht nur für den Bund, sondern auch für die neuen Koalitionsvereinbarungen in einzelnen Ländern. Ein Land nach dem anderen ist jetzt dabei zu sagen: Haushaltskonsolidierung ja – mit Ausnahme des Bildungs- und Wissenschaftsministeriums. Ich glaube, das sind die richtigen ersten Schritte. Jetzt muss man einen Schritt nach dem anderen tun, und dann werden wir am Ende abrechnen und sehen, was wir geschafft haben. Die vergangenen vier Jahre jedenfalls hat der Bund genau das, was er sich finanziell vorgenommen hatte, erreicht.

Fünfter Punkt: Föderalismus. Die Föderalismusreformen I und II zeigen, dass man sich gut überlegen muss, wie viel man am Grundgesetz verändert. Manchmal besteht die Gefahr, dass man aus einer aktuellen Situation und Stimmung heraus Dinge unbedingt will, von denen 98 Prozent der Betroffenen vier Jahre später sagen: Vielleicht hätte man das auch ein bisschen anders machen können. Und natürlich war auch klar, Föderalismusreform II

braucht irgendwann dann auch die Föderalismusreform III, an deren Ende nicht mehr sechzehn Länder stehen, sondern ein paar weniger.

Die Debatte um die Konsequenzen der Föderalismusreform II wird auf uns zu kommen. Das Kooperationsverbot darf uns nicht hindern an einer nationalen Anstrengung zu den wichtigsten Punkten in unserem Bildungssystem.

Eine Bundesregierung jedoch, die anfängt, sich in schulpolitische Details einzumischen, hat schon verloren. Und zwar deshalb, weil am besten auch Länder sich gar nicht mehr in jedes Detail einmischen. Die Zukunft ist völlig klar: Jede Schule schreibt ihre Biographie. Dazu braucht sie Selbstständigkeit. Dafür brauchen wir Bildungsstandards und die Vergleichbarkeit der Bildungsgänge, der Bildungsabschlüsse und – als wichtigste Reform – eine curriculare Reform. Wir brauchen Curricula, die im 21. Jahrhundert ankommen und die zu einem großen Teil zu tun haben mit der Schule vor Ort.

Mit diesen Curricula müssen wir auch zeigen, dass wir begriffen haben, Teil des europäischen Ballungsraums zu sein. Ich bin der Meinung, dass Föderalismus und das damit verbundene Subsidiaritätsprinzip freiheitlicher sind als jeder Zentralismus. Das bedeutet, dass wir jetzt diesen Föderalismus und dieses Subsidiaritätsprinzip weiter entwickeln müssen. Die kleinste Einheit ist nicht das Land und auch nicht die Stadt, sondern die Schule. Und nur, was die Schule nicht leisten kann, leistet die nächste Ebene.

Übrigens werden sich Bürgermeister und Landräte in Deutschland auch nicht mehr damit abfinden, die Häuser zu bauen, sondern sie wollen natürlich an der regionalen Schulentwicklung beteiligt werden. Ich habe in dieser Woche die Initiative „Lernen vor Ort“ eröffnet. Vierzig Städte und Gemeinden, Regionen und Stiftungen in Deutschland haben sich mit einem sehr interessanten Ansatz zusammengetan, um regionale Bildungsnetzwerke aufzubauen. Von da ausgehend können wir vieles aufrollen. Denn viel interessanter als die ständige Lamentiererei über den Wettbewerb der sechzehn Länder ist doch, sich Regionen in Deutschland anzuschauen, um festzustellen, dass zum Beispiel in den großen Städten, so unterschiedlich sie sind, in den nächsten zehn Jahren sehr vergleichbare Probleme auf uns zukommen. Auch das führt möglicherweise dazu, dass zielgenauere Mittel eingesetzt werden können.

II.

Ein weiterer Punkt: Wir dürfen Benachteiligten- und Begabtenförderung nicht gegeneinander ausspielen. Zu unserer politischen Verantwortung gehört zu wissen, wie die Wirklichkeiten in

einer Gesellschaft sind und nicht von der eigenen Lebenssituation auf diese Gesellschaft zu schließen. Ich habe in meinem Leben viele soziale Brennpunktschulen besucht. Ich kenne die Situationen. Und ich weiß deshalb auch: Man könnte zehn Milliarden Euro oder zwanzig Milliarden Euro ins System geben. Wenn alles andere so bleibt, wie es ist, bewirkt es kaum etwas. Ich halte die Investitionen für absolut notwendig. Aber neben den Investitionen muss diese Gesellschaft sich auch verständigen auf eine Selbstverpflichtung.

Wenn jedes dritte Kind ohne Frühstück in die Schule kommt und ohne Mittagessen in den weiteren Tag geht, hat das nicht nur zu tun mit überforderten oder armen Eltern. Das hat auch zu tun mit Fahrlässigkeit. Das hat auch zu tun damit, einfach nicht mehr wahrzunehmen, was zu Beziehungen von Generationen gehört. Deshalb sage ich: Jedes Kind braucht das Mittagessen und da, wo die Eltern es nicht können, müssen es andere tun und muss die Öffentlichkeit dafür einstehen.

Zur Bildungsrepublik Deutschland, zur Bildungsreform gehört auch, dass sie als eine gesellschaftliche Angelegenheit angesehen wird, und dass diese Gesellschaft auch da, wo sie stark ist, diese Stärke auch einbringen kann zu Gunsten von Kindern und Jugendlichen.

Für mich sind daher die vier zentralen Grundsätze für diese Legislaturperiode: 1. Kein Kind darf verloren gehen. 2. Niemand darf um die Entfaltung seiner Talente gebracht werden. 3. Bildung und Forschung müssen als wirklich inspirierende Kräfte und Quellen künftigen Wohlstands anerkannt werden. 4. Politische Prioritäten auf allen politischen Ebenen und bei allen Akteuren müssen sich nach diesen Grundsätzen ausrichten – finanziell und konzeptionell.

Wir führen den Ausbildungspakt weiter – und zwar weiterentwickelt als Qualitätspakt. Und ich möchte die Gewerkschaften sehr einladen, sich daran zu beteiligen. Ich kenne die Vorbehalte, die es gab. Man muss immer sehen, wo noch weiteres Potenzial zu holen ist. Aber ich glaube, es wird in den nächsten Jahren angesichts der demografischen Entwicklung bedeutsam, sich auch zu beschäftigen mit der Frage der besseren Qualifizierung. Wir haben Ansätze im Koalitionsvertrag, wir haben Länder, die schon in den vergangenen Jahren mit den Möglichkeiten der Bundesagentur für Arbeit gute Erfahrungen gesammelt haben. Wir fangen nicht am Punkt Null an. Und wir haben jetzt eine gute Chance, das Übergangssystem wirklich zu verbessern und die sogenannten Warteschleifen abzubauen.

Ich glaube, dass es uns gelingen kann, Jahr für Jahr den Anteil derer, die keinen Schulabschluss machen, deutlich zu reduzieren. Und ich halte das für eines der vorrangigen Ziele. Wenn ich mir den Rückgang der Zahlen derer, die ohne Schulabschluss die allgemeinbildende Schule verlassen, anschau, dann halte ich das für machbar.

Die drei Pakte sind bekannt. Beim Hochschulpakt haben wir nicht einfach weiter gemacht wie bisher. Sondern wir haben gesagt: Pro Studienplatz werden 4.000 Euro draufgelegt. Wir wollen eine Verbesserung der Lehre. Jetzt haben die Wissenschaftsminister in der KMK Korrekturen beschlossen. Die Studierenden können zu Recht erwarten, dass auch gesagt wird, wie die Umsetzung aussehen wird.

Der Bologna-Prozess ist richtig, das glaube ich nach wie vor. Wir sind Teil eines internationalen Bildungsraumes. Ich habe viele Hochschulen in diesem Jahr besucht. Es ist falsch, so zu tun, als verlaufe der Bologna-Prozess überall nicht gut. Es gibt Hochschulen, die haben tolle Umsetzungen geschafft. Es gibt ein Spektrum an Studiengängen, das wirklich interessant ist. Ich denke übrigens auch an die Fachhochschulen. Wie sie zum Teil Bologna umgesetzt haben, ist phänomenal und wird auch von den Studierenden sehr positiv beurteilt. Dann gibt es andere Beispiele, die nicht gut funktionieren, wo Hobbys von Professoren zu Inhalten in Studiengängen wurde und wo zu viel Spezialisierung herrscht.

Die Debatte muss man zukunftsorientierter führen. Die Beschlüsse müssen umgesetzt werden. Der Bund wird sich daran beteiligen. Der Bund hat jetzt schon mit der Hochschulrektorenkonferenz gemeinsam die neue Ordnung der Studienplatzvergabe auf den Weg gebracht. 2011 werden wir das modernste Studienplatzvergabesystem haben, das es international gibt.

Hochschulpakt heißt auch, neue Akzente in der Lehre zu setzen. Mit Exzellenzinitiative und Pakt für Forschung und Innovation schaffen wir auch Arbeitsplätze in großem Umfang. Der Wissenschaftsarbeitsmarkt muss wieder ein attraktiver Arbeitsmarkt werden, nicht nur mit zeitlich befristeten Stellen. Diese drei Pakte führen zu erheblichen Aufwuchs bei den Stellen in den Hochschulen.

Zum BAföG möchte ich wenige Punkte sagen. Das BAföG wird weiterentwickelt, es wird modernisiert. Dazu gehört die Altersgrenze, dazu gehört das, was auch im Rahmen der Internationalität notwendig ist. Wenn ich sage, im Koalitionsvertrag sei noch nicht von Erhöhung die Rede, gilt dennoch: Natürlich wird uns in diesen vier Jahren auch das Thema Erhöhung der Förderbeträge beschäftigen. Und ich werde mich dafür einsetzen, dass wir ein gutes Paket schnüren. BAföG ist die Grundförderung. Ein Drittel aller Studierenden bekommt mittlerweile BAföG. Das muss man nicht gegen ein Stipendensystem ausspielen.

Nicht nur der Staat, sondern die Gesellschaft muss aufhören, so zu tun, als würde Bildung nichts kosten, und sie muss sich an den Kosten für die Bildung der nächsten Generation beteiligen. Das tut jeder, der ein Stipendium mitfinanziert. Deshalb steigt der Bund da ein.

Und ich hoffe sehr, dass wir schon im nächsten Jahr ein solches nationales Stipendiensystem auf den Weg bringen werden.

III.

Für mich persönlich steht die Überwindung der Bildungsarmut in einer wohlhabenden Gesellschaft im Vordergrund. Das muss uns gelingen. Viel Vorarbeit wurde geleistet. Es gibt viele Ideen. Die ersten Sätze zum Thema Bildung im Koalitionsvertrag lauten: „Bildung ist Bedingung für die innere und äußere Freiheit des Menschen. Sie schafft geistige Selbstständigkeit.“ Bildung hat etwas mit einzelnen Menschen zu tun und nicht schon direkt im ersten Schritt mit Instrumentalisierung für dieses und jenes. Und dennoch sagen wir im dritten Satz auch: „Ein leistungsfähiges Bildungssystem ist auch die Voraussetzung für Prosperität in einem Land.“ Wenn sich jetzt alle Akteure zusammentun, kann die Bildungsrepublik Deutschland gelingen.

Ich freue mich sehr auf Gespräche, Begegnungen, Verhandlungen, auf Ringen und Streiten mit Ihnen in den nächsten vier Jahren.

Vielen Dank.